

Ulis Corona-Newsletter vom 2. Oktober 2020

Liebe Freundinnen und Freunde,

Xavier Naidoo muss in Zukunft einen großen Bogen um Ladenburg machen. Bei Auftritten von Künstlern will die Römerstadt künftig ein Wort mitreden. Der Gemeinderat hat beschlossen, dass u.a. der Veranstalter des alljährlichen Musikfestivals in Ladenburg die Künstlerauswahl künftig mit der Stadtverwaltung abstimmen muss. Die Stadt will damit ein politisches Signal setzen. Der Beschluss ist mit Blick auf einen mittlerweile abgesagten Auftritt des Musikers Xavier Naidoo in Ladenburg getroffen worden. Entsprechend heißt es in dem beschlossenen Antrag: „Der Gemeinderat spricht sich gegen einen Auftritt von Xavier Naidoo und Künstlerinnen und Künstler in Ladenburg aus, die erhebliche Zweifel an der Rechtsstaatlichkeit und der Zustimmung zum Grundgesetz aufkommen lassen“. Naidoo sollte im Sommer auf der Festwiese in Ladenburg ein Konzert geben. Sein Auftritt wurde zwar aufgrund der Corona-Pandemie abgesagt. In der Stadt gab es aber schon zuvor Vorbehalte gegen den Mannheimer. Der Sänger, der mit Liedern wie „Dieser Weg“ zu den erfolgreichsten Musikern in Deutschland gehörte, sieht sich aufgrund immer fragwürdigerer und inzwischen offen rechtsextremer Texte, Posts u.ä. unter anderem Rassismus-Vorwürfen ausgesetzt. RTL nahm den Sänger daher im Frühjahr aus der Jury von „Deutschland sucht den Superstar“. Ein mutiger Schritt des Ladenburger Gemeinderats, und: Zur Nachahmung empfohlen.

Ich wünsche euch ein angenehmes Wochenende. Vielleicht hat für manche unter euch der morgige 30. Jahrestag der deutschen Einheit eine besondere Rolle. Für mich schon. Ich hatte vielfältige Beziehungen zu Menschen in der ehemaligen DDR, z.B. zur Friedensbewegung „Schwerter zu Pflugscharen“. Die Öffnung der Mauer, die ich in Berlin 1989 miterleben konnte, war ein unvergessliches Ereignis. Meiner Redaktion mit Zenobya, Fadime und Martina herzlichen Dank für die Mitarbeit in dieser Woche. Wir melden uns am Montag wieder. Herzliche Grüße, Uli

Der Stand der Infektionen vom 2. Oktober 2020

Deutschland

02.10.2020: Gesamtzahl: 294.395 (Veränderung zum Vortag: + 2.673)

Baden-Württemberg

01.10.2020: Gesamtzahl: 50.400 (+ 303); genesene Personen: 44.138 (+ 279); verstorbene Personen: 1.888(+ 1)

Rhein-Neckar-Kreis

02.10.2020: Gesamtzahl: 1.654 (+ 13); aktive Fälle: 98; genesene Personen: 1.515; verstorbene Personen: 41 (-)

Zum Infektionsgeschehen in der Rhein-Neckar-Region

Blickt man auf das aktuelle Infektionsgeschehen in unserer Region, dann bereitet vor allem die Entwicklung in Mannheim Sorgen. Insgesamt 56 positiv getestete Personen meldete das dortige Gesundheitsamt allein in den vergangenen zwei Tagen. Die Sieben-Tage-Inzidenz (Neuinfektionen pro 100 000 Einwohner innerhalb einer Woche) beträgt aktuell in Mannheim 30,4 und ist damit nicht mehr weit von der „Alarmstufe gelb“ entfernt, die bei einem Wert von 35 erreicht wird. Zum Vergleich: Im Rhein-Neckar-Kreis beträgt die Sieben-Tage-Inzidenz im Moment 10,0, in Heidelberg 13,1 und im Kreis Bergstraße 13,3.

Eine traurige Nachricht kommt aus dem Rhein-Neckar-Kreis: Erstmals seit fast vier Monaten meldete das Gesundheitsamt wieder einen Todesfall. Damit sind nun 41 Menschen im Zusammenhang mit dem Coronavirus gestorben.

In Heidelberg gibt es derzeit 27 „aktive Fälle“, Heddeshheim hat zwei, Hemsbach einen, Ladenburg zwei, Laudenbach einen, Schriesheim sechs und Weinheim vier. Hirschberg ist derzeit „coronafrei“. Mit 26 „aktiven Fälle“ ist im Rhein-Neckar-Kreis weiterhin Neulußheim am stärksten betroffen.

In Birkenau gibt es derzeit vier „aktive Fälle“, in Mörlenbach fünf, in Rimbach einen, in Wald-Michelbach zwei und in Fürth einen; Gornheimertal ist jetzt wieder „coronafrei“. Mit 16 „aktiven Fälle“ ist im Kreis Bergstraße derzeit Bensheim am stärksten betroffen. Aktuell melden die vier GRN-Kliniken in Weinheim, Schwetzingen, Sinsheim und Eberbach zehn Verdachtsfälle, die auf Isolierstationen behandelt werden. Zwei Patienten werden im Zusammenhang mit dem Coronavirus auf einer Intensivstation behandelt. Im Kreis Bergstraße befinden sich zwei Patienten mit einer bestätigten Infektion und neun Verdachtsfälle im Krankenhaus.

- Rhein-Neckar-Kreis: In den vergangenen sieben Tagen wurden im Rhein-Neckar-Kreis 63 Menschen positiv auf das Coronavirus getestet. 50 Personen haben die Infektion hinter sich gelassen. Die Zahl der „aktiven Fälle“ beträgt 96. Insgesamt wurden seit Beginn der Pandemie 1641 Menschen positiv auf das Virus getestet; 41 sind verstorben, 1504 genesen.
- Heidelberg: In Heidelberg sind in den vergangenen sieben Tagen 21 Personen positiv getestet worden. Insgesamt wurden bisher 537 Menschen positiv getestet; sieben sind verstorben, 503 genesen.
- Mannheim: In Mannheim sind in den vergangenen sieben Tagen 94 Personen positiv getestet worden. Insgesamt wurden seit Anfang März 1145 Menschen positiv getestet; 13 sind verstorben, 1002 genesen. Die Zahl der „aktiven Fälle“ beträgt 130.
- Kreis Bergstraße: Im Kreis Bergstraße wurden bisher insgesamt 649 Menschen positiv getestet. Davon haben 585 die Infektion überstanden; drei Personen sind verstorben. Am Donnerstag gab es daher 61 „aktive Fälle“.

<https://www.wnoz.de/63-Neuinfektionen-innerhalb-einer-Woche-677d08e9-4c82-4b25-8fd2-b4ccd6b244d8-ds>

Zehn Corona-Fälle in Eppelheimer Flüchtlingsunterkunft

Aufgrund eines Falles in einer Gemeinschaftsunterkunft für Flüchtlinge in Eppelheim hat das Gesundheitsamt des Rhein-Neckar-Kreises dort vorsorglich 37 Bewohner am vergangenen Donnerstag getestet. Bei weiteren neun Personen wurde dabei eine Infektion mit dem SARS-CoV-2-Virus nachgewiesen, heißt es in einer Pressemitteilung des Landratsamts Rhein-Neckar-Kreis

Die Verantwortlichen des Gesundheitsamts haben sich in Absprache mit dem für die Unterkunft verantwortlichen Ordnungsamt des Rhein-Neckar-Kreises dazu entschlossen, sämtliche Bewohner der Unterkunft unter Quarantäne zu stellen. Die Versorgung der Bewohner wird über eine Cateringfirma sichergestellt.

Da Kontakte der Bewohner dieser Gemeinschaftsunterkunft in drei weitere kommunale Anschlussunterbringungen der Stadt Eppelheim aufgrund der räumlichen Nähe nicht ausgeschlossen werden können, werden dort nun ebenfalls am kommenden Montag, 5. Oktober, weitere 90 Bewohnerinnen und Bewohner auf das Coronavirus getestet. Über die Testergebnisse wird das Landratsamt Rhein-Neckar-Kreis per Pressemitteilung informieren.

https://www.morgenweb.de/schwetzingen-zeitung_artikel,-eppelheim-zehn-corona-faelle-in-eppelheimer-fluechtlingsunterkunft- arid,1696916.html

Immer mehr Schüler müssen wegen Corona zu Hause bleiben

Ohne Maske im Unterricht, mit Maske außerhalb. Und immer schön in Gruppen - viel ist an Schulen anders, um das Risiko von Corona-Infektionen zu minimieren. Und trotzdem häufen sich die Fälle.

Drei Wochen nach dem Start des neuen Schuljahres müssen immer mehr Schüler wegen Corona-Infektionen und Verdachtsfällen zu Hause bleiben. Derzeit sind 304 Schulklassen im Südwesten wegen Infektionen oder Verdachtsfällen aus dem Präsenzunterricht genommen worden. Das bedeutet konkret, dass über 10.000 Schülerinnen und Schüler in Quarantäne sind. Die Schüler dieser Klassen werden nun nur noch per Fernunterricht unterrichtet. Vor einer Woche waren es noch 172 Klassen. Zwei Schulen - eine in Ulm und eine in Mannheim - wurden vollständig geschlossen. Betroffen sind 194 Schulen im Land. Die Quarantäne-Fälle in Baden-Württemberg häufen sich immer weiter, wir hatten euch die letzten Tage und Wochen bereits über die täglich steigenden Fallzahlen informiert. Die Vorzeichen für Herbst & Winter sind nicht gut, wenn die Zahlen jetzt schon so hochgehen.

https://www.schwaebische.de/landkreis/landkreis-ravensburg/ravensburg_artikel,-corona-newsblog-mehr-als-2600-neuinfektionen-in-deutschland- arid,11276768.html

Immer mehr Menschen müssen in Quarantäne bleiben

Vor allem Schüler*innen und junge Menschen müssen in steigendem Maße zu Hause bleiben. Im oberschwäbischen Landkreis Biberach befanden sich am gestrigen Donnerstag

rund 1.000 Personen in Quarantäne. Das Virus verbreitet sich nach Angaben des zuständigen Landratsamtes derzeit insbesondere in der Altersgruppe der 15- bis 25-Jährigen. Für den Rhein-Neckar-Kreis gibt es Berichte von verschiedenen Quarantäne-Fällen, jedoch keine Gesamtübersicht.

Ebenso gibt es für das gesamte Bundesland keine veröffentlichten Zahlen zu den Quarantänefällen. Vergangene Wochen gab es in Baden-Württemberg rund 12.000 Menschen, die als Kontaktperson der Kategorie 1 galten. Für diese Personen empfiehlt das Robert-Koch-Institut eine „häusliche Absonderung für 14 Tage (Quarantäne)“. Diese Zahl ist nur bedingt aussagekräftig, da nicht klar ist, ob es die Gesamtzahl aller in Quarantäne befindlichen Personen war oder die Zahl der in dieser Woche neu hinzugekommenen. Doch soll sich diese Unklarheit nach telefonischer Auskunft des Sozialministeriums bald ändern. In Zukunft sollen die in Quarantäne befindlichen Personen in den Statistiken mit aufgeführt werden.

Handel geht von rund 6000 Geschäftsschließungen im Südwesten aus

Der baden-württembergische Handelsverband befürchtet in den kommenden zwei Jahren rund 6000 Geschäftsschließungen und Insolvenzen. Betroffen sei vor allem der Textilhandel, sagte die Hauptgeschäftsführerin des Handelsverbandes Baden-Württemberg, Sabine Hagmann. „Da das Insolvenzrecht geändert worden ist, werden wir zum Jahresende kaum Insolvenzen sehen“, sagte sie. „Das wird sich auf das kommende oder das übernächste Jahr verschieben – und da kommt es geballt.“ Sie sehe die Gefahr, dass diese Verschiebung der Insolvenzen gesunde Unternehmen mitreißen könne.

Im Textilhandel sei in den ersten sieben Monaten des Jahres im Schnitt 30 Prozent weniger Umsatz gemacht worden, weil unter anderem wegen der Corona-Pandemie Hochzeiten wegfallen und somit Anlässe, sich zum Beispiel einen Anzug zu kaufen. „Das Homeoffice verstärkt den Effekt“, sagte Hagmann. Auch Juweliere und die Beauty-Branche seien gefährdet. „Es gibt kein Weindorf, keine Feste, keine Konfirmation, keine Bälle. Und damit fehlt die Basis für Lustkäufe. Aber gerade diese Sparten leben und profitieren vom Impulskauf.“

Der Handel Sorge sich vor allem um das Jahresende. „Vor Weihnachten haben wir einen Riesenrespekt, weil wir nicht wissen, was passiert“, sagte Hagmann. „Wir können unsere Kunden gerade nicht einschätzen. Wir können nur hoffen und bitten, dass sie in die Innenstädte kommen und auch dort einkaufen und nicht nur im Netz, und dort eventuell nur bei internationalen Anbietern.“

https://www.rnz.de/politik/suedwest_artikel,-corona-folgen-handel-geht-von-rund-6000-geschaeftsschliessungen-im-suedwesten-aus-arid,558417.html

Die Herbstferien rücken näher

Die Herbstferien stehen vor der Tür. Auch wenn ich persönlich in Hinblick auf die stetig steigenden Fallzahlen von aufwändigen (Auslands-)Reisen dringend abrate, möchten wir euch trotzdem einen Überblick geben: Wo darf ich jetzt noch hinfahren? Wann muss ich in Quarantäne? Und wann kann ich mich „freitesten“, also die Quarantäne mit einem negativen Testergebnis verkürzen? Denn das sind Fragen, die nicht nur Auslandsurlauber beschäftigen.

Wohin kann ich überhaupt noch reisen, wenn ich Urlaub im Ausland machen will?

Das wird schwierig. Von den etwa 200 Ländern dieser Welt hat die Bundesregierung 138 ganz oder teilweise als Risikogebiet eingestuft und sie mit einer Reisewarnung belegt. Für knapp 50 weitere Länder rät sie von Urlaubsreisen ab, weil dort noch Ein- oder Ausreisebeschränkungen für die EU gelten. Es bleiben weltweit nur 12 Länder übrig, für die gar nicht vor touristischen Reisen gewarnt oder von denen nicht abgeraten wird. Darunter sind immerhin noch ein paar beliebte Urlaubsländer: Italien, Griechenland, Malta, Zypern. In Österreich, der Schweiz, Frankreich oder der Türkei gibt es noch einzelne Regionen, die kein Risikogebiet sind.

Kann ich trotz Reisewarnung in ein Risikogebiet reisen?

Ja. Die Reisewarnung ist kein Verbot, sie soll nur eine möglichst große abschreckende Wirkung haben. Für die größte Abschreckung sorgen allerdings die Quarantäneregeln, die bei der Rückkehr aus Risikogebieten nach Deutschland gelten.

Welche Quarantäneregeln gelten zurzeit? Und war nicht geplant, die Regeln zu ändern?

Im Sommer konnten sich alle Auslands-Heimkehrer gratis testen lassen, das Angebot ist aber vorbei. Sonderregeln greifen weiterhin, wenn man in Länder reist, die als Corona-Risikogebiete gelten – hier nachzulesen:

https://www.rki.de/DE/Content/InfAZ/N/Neuartiges_Coronavirus/Risikogebiete_neu.html .

Dann heißt es bei der Rückkehr: bis zu 14 Tage Quarantäne plus Testpflicht. Man muss sich also so lange zu Hause isolieren, bis ein negatives Testergebnis da ist. Es sei denn, man hat schon eins von kurz vor der Einreise. Zum 15. Oktober sollen Änderungen kommen: Ein vorzeitiges Ende der Quarantäne soll dann frühestens durch einen Test ab dem fünften Tag nach der Rückkehr möglich sein. Für Quarantänetage sollen Risiko-Urlauber künftig auch keinen Ausgleich für Einkommensausfälle mehr bekommen.

Wie schnell kann die Einstufung als Risikogebiet wieder rückgängig gemacht werden?

Entscheidend für die Einstufung ist die Zahl der Neuinfektionen auf 100 000 Einwohner innerhalb einer Woche. Steigt sie über 50, wird ein Land oder eine Region zum Risikogebiet erklärt. Sinkt sie wieder darunter, kann die Einstufung auch schnell wieder aufgehoben werden. Die Bundesregierung wartet in der Regel sieben Tage lang ab, ob der Trend sich verstetigt. Dann wird aufgehoben.

Kann ich im Inland in den Herbstferien uneingeschränkt reisen?

Auch in Deutschland gibt es Risikogebiete. Wer in einem solchen Gebiet wohnt und ein aktuelles negatives Testergebnis vorlegen kann, sollte in der Regel in allen Bundesländern Urlaub machen können. Bei der Frage, ob eine Region als Risikogebiet gilt, orientieren sich die meisten Bundesländer am Bundesministerium für Gesundheit, dem Auswärtigen Amt und dem Bundesinnenministerium. Maßgeblich ist dabei eine Schwelle von 50 Neuinfektionen pro 100 000 Einwohnern in sieben Tagen. In Berlin entscheiden die Behörden jedoch nicht allein nach dem Kriterium der Neuinfektionen, sondern beurteilen jeden Fall individuell. Eine täglich aktualisierte grafische Übersicht über aktuelle deutsche Risikogebiete bietet die Internetseite des RKI.

Unterschiede gibt es bei den Bundesländern vor allem in der Frage, ob sich Urlauber, die sich in deutschen Risikogebieten aufgehalten haben, auch ohne aktuellen negativen Test in dem jeweiligen Bundesland frei bewegen dürfen. In Berlin, Schleswig-Holstein und Rheinland-Pfalz müssen Menschen, die sich bis zu zwei Wochen vor ihrer Einreise in Risikogebieten aufgehalten haben und keinen negativen Test vorlegen können, für 14 Tage in Quarantäne. Mecklenburg-Vorpommern verlangt als derzeit einziges Bundesland auch bei negativem Testergebnis eine Mindestquarantäne von fünf bis sieben Tagen. Erst dann ist es möglich, sich mit einem zweiten Test „freizutesten“, wenn dieser ebenfalls negativ ausfällt.

Menschen, die in deutschen Risikogebieten wohnen oder von dort nach Hessen, Hamburg, Baden-Württemberg, Bayern, Sachsen-Anhalt, Sachsen, Brandenburg oder ins Saarland reisen, dürfen nicht in Hotels, Ferienwohnungen und anderen kommerziellen Unterkünften übernachten. Von dieser Regel gibt es jedoch je nach Bundesland verschiedene Ausnahmeregelungen. Oft reicht es aus, wenn man entweder versichert oder nachweist, dass man nicht mit dem Coronavirus infiziert ist.

Ein negativer Corona-Test ist nicht immer zwingend vorgeschrieben. In Bayern etwa reicht ein ärztliches Attest, welches „bestätigt, dass keine Anhaltspunkte für das Vorliegen einer Infektion mit dem Coronavirus Sars-CoV-2 vorhanden sind“, wie es in der entsprechenden Verordnung heißt. In Baden-Württemberg gilt eine Ausnahme vom Übernachtungsverbot unter anderem dann, wenn der Aufenthalt im Risikogebiet länger als sieben Tage zurückliegt. Anders als bei Hotels und anderen kommerziellen Unterkünften sind jedoch Übernachtungen bei Freunden oder Verwandten in diesen Bundesländern erlaubt. Einen Überblick über die Regelungen für Reisende aus innerdeutschen Risiko-Landkreisen gibt es auf der Internetseite des Deutschen Hotel- und Gaststättenverbandes: <https://www.dehoga-corona.de/aufgaben-praxishilfen/coronabedingte-reisebeschraenkungen/>

In Nordrhein-Westfalen, Bremen, Niedersachsen und Thüringen müssen Reisende aus innerdeutschen Risikogebieten weder in Quarantäne noch mit Übernachtungsverboten in Hotels und Co. rechnen.

Im Überblick: Infektionszahlen und Corona-Regeln in Europa

Nach mehr als einem halben Jahr ist nun die pauschale Corona-Reisewarnung für mehr als 160 Länder außerhalb der EU aufgehoben. Seit Donnerstag wird jedes Land der Welt einzeln bewertet.

FRANKREICH: Bis auf die an Deutschland grenzende Region Grand Est, in der auch die Elsass-Metropole Straßburg liegt, gilt für Frankreich eine Reisewarnung. Die Corona-Lage in Frankreich ist extrem angespannt.

Frankreich zählt jeden Tag Tausende Corona-Neuinfektionen - der Höchstwert lag bei mehr als 16 000 Infektionen innerhalb von 24 Stunden. In vielen Städten gilt die Maskenpflicht auch unter freiem Himmel. In der Hafenstadt Marseille haben Bars und Restaurants komplett geschlossen. In Städten wie Paris, Lille oder Rennes müssen Bars um 22 Uhr schließen.

SCHWEIZ: Zwei Kantone in der Westschweiz gelten für Deutschland als Risikogebiete. Rückkehrer müssten nach einem Besuch oder Urlaub dort ohne negativen Corona-Test in die Quarantäne: Es sind die Kantone Genf und Waadt am Genfer See. In Genf gab es zuletzt mehr als 1600, im Kanton Waadt 1300 Infektionsfälle pro 100 000 Einwohner. Schweizweit waren es gut 600 Fälle. Für die Grenzregion zu Deutschland, von Basel bis St. Gallen unweit des Bodensees, und für die Herbstwandergebiete in Graubünden, im Wallis und im Berner Oberland gelten keine Einschränkungen. Die Infektionszahlen waren in der Schweiz seit Juli gestiegen. Gemessen an der Bevölkerung lagen sie deutlich höher als in Deutschland. Seit Mitte September sinken sie aber wieder leicht.

ITALIEN: Mit einem Wert von rund 38 registrierten Corona-Infektionen auf 100 000 Einwohner in den vergangenen 14 Tagen steht das Mittelmeerland in Europa vergleichsweise gut da. Bei einer Einreise in mehreren beliebten Touristenregionen wie Sardinien, Kalabrien, Apulien und Sizilien ist eine umgehende Registrierung bei den Behörden nötig. Sizilien hat zudem die Pflicht zu Schnelltests bei der Einreise verfügt.

In Läden, Zügen, Museen und in Innenbereichen von Restaurants gilt landesweit Maskenpflicht. Wo es abends vor Kneipen eng wird, muss nach 18 Uhr auch draußen ein Mund-Nasen-Schutz aufgezogen werden. Auf Sizilien müssen alle, die älter als sechs Jahre sind, die Maske im Freien tragen, sobald ein fremder Mensch in der Nähe ist.

ÖSTERREICH: Weil in Teilen des Landes der deutsche Schwellenwert von 50 neuen Fällen pro 100 000 Einwohner im Sieben-Tages-Schnitt teils deutlich überschritten wurde, gelten Reisewarnungen für Wien und sowie Vorarlberg und Tirol. In den beiden westlichen Bundesländern sank die Zahl zuletzt knapp unter 50.

Für Wien wird die Einschätzung als Risikogebiet bei zuletzt rund 116 neuen Fällen pro 100 000 Einwohner über sieben Tage absehbar jedoch weiter bestehen bleiben. Auch weiterhin hat die Hauptstadt mehr als die Hälfte aller bekannten aktuellen Corona-Erkrankungen in Österreich. Nachdem die Infektionszahlen sich Anfang September plötzlich gut verdoppelten, wurde der Anstieg wohl auch dank einer ausgeweiteten Maskenpflicht wieder etwas gebremst. Landesweit gab es Stand Mittwoch rund 8400 bekannte aktive Corona-Fälle.

GRIECHENLAND und ZYPERN: Griechenland und Zypern verzeichnen nach wie vor niedrige Corona-Zahlen. Von den rund 11 Millionen Einwohnern Griechenlands haben sich bisher knapp 18 000 Menschen infiziert. Zum Vergleich: Im einwohnermäßig ähnlich großen Bundesland Baden-Württemberg sind es rund 45 000. Auf Zypern mit 1,2 Millionen Einwohnern gibt es weniger als 2000 Fälle. Dennoch ist die Zahl der Corona-Fälle während und nach der Sommersaison stärker gestiegen, vor allem die Zahlen in Großstädten wie

Athen machen der Regierung Sorgen. Dort wurden zuletzt 240 neue Fälle innerhalb eines Tages verzeichnet.

Maskenpflicht herrscht in beiden Ländern in geschlossenen Räumen - etwa Banken, Supermärkten, Behörden, Bussen und Bahnen. In stärker frequentierten Regionen können die Regeln jedoch auch verschärft werden: So gilt in Athen, Thessaloniki und auf Kreta Maskenpflicht im Freien, Bars und Restaurants müssen dort um Mitternacht schließen. In weniger stark besuchten Gegenden sind die Auflagen nicht so streng. Dort müssen Masken zum Beispiel nicht in Tavernen und Bars oder im Freien getragen werden. Auch dürfen Bars und Restaurants abends länger aufbleiben. Die Maßnahmen können dort aber kurzfristig ausgeweitet werden, wenn die Corona-Zahlen ansteigen.

SPANIEN UND PORTUGAL: Spanien kämpft nach einer kurzen Verschnaufpause im Sommer wieder mit den höchsten Corona-Infektionszahlen Westeuropas. Das ganze Land einschließlich der Balearen mit Mallorca und den Kanaren gilt als Risikogebiet und das Auswärtige Amt warnt vor touristischen Reisen dorthin. Im ganzen Land gilt die Maskenpflicht auch im Freien, und die Zahl der Plätze in Restaurants, Cafés, Kinos, Museen und Konzerthallen ist reduziert. Viele müssen schon um 22 Uhr schließen, manche Kommunen oder Stadtteile darf man nur mit triftigem Grund betreten.

Am schlimmsten ist es in der Hauptstadt Madrid. Die Stadtregierung steht bei der Einschränkung der Bewegungsfreiheit der Bürger aus Sorge vor einem Zusammenbruch der Wirtschaft auf der Bremse, die Zentralregierung warnt, die bisherigen Maßnahmen seien unzureichend und die Situation könne gänzlich außer Kontrolle geraten. Am Mittwoch zeichnete sich ein möglicher Kompromiss ab, demzufolge alle größeren Städte des Landes ab einer 14-Tage-Inzidenz von 500 Neuinfektionen je 100 000 Einwohner teilweise abgeriegelt werden sollen.

Portugal ist bisher besser als Spanien durch die Corona-Krise gekommen. Zwar sind die Infektionszahlen auch dort wieder gestiegen, aber lange nicht so heftig wie im Nachbarland. Nur in der Hauptstadtregion Lissabon liegt die 7-Tage-Inzidenz bei über 50, die deshalb als Risikogebiet gilt.

Die fragwürdigen Spenden-Tricks der Anti-Corona-Bewegung

Bei den Protesten gegen die Corona-Maßnahmen geht es um viel Geld. Doch Recherchen von netzpolitik.org zeigen, dass häufig nicht klar ist, wo Spenden wirklich landen. Prominente Akteure der „Anti-Corona-Bewegung“, so die Bezeichnung der Autoren, werben für eine Firma, die auf einem Konto im Ausland Millionenbeträge sammeln will.

Am 29. August spendeten zwei Unternehmer insgesamt 100.000 Euro auf der Berliner Corona-Demonstration an zwei Organisationen (darunter die „KlagePATEN“) aus dieser Bewegung. Dies war der Ausgangspunkt für eine ausführliche Recherche von netzpolitik.org, einer „Plattform für digitale Freiheitsrechte“.

In einem komplizierten, weitgehend intransparenten Geflecht aus Privatpersonen, Konten im In- und Ausland, kleinen Unternehmen, Vereinen und einer mutmaßlichen

Briefkastenfirma in den Niederlanden werden Spenden gesammelt, weitergeleitet und verteilt. Teile dieses Geflechts sind Michael Ballweg von „Querdenken 711“ und sein Rechtsanwalt Ralf Ludwig. Der Leipziger Anwalt Ludwig gründete zwei Firmen, die heute im Zusammenhang mit den Corona-Demos aktiv sind. Eine davon ist die „Juniko GmbH“, die ursprünglich im Zusammenhang mit dem Rechtsanspruch auf einen Kitaplatz gegründet wurde und Ralf Ludwig gehört.

Eine weitere Rolle im Finanzgeflecht der „Anti-Corona-Bewegung“ spielt der nichteingetragene, aber nach eigener Aussage gemeinnützige Verein „KlagePATEN“ in Oldenburg. Diesem Verein gehörte Ludwig bis vor kurzem als Vorstand an. Ludwig ist auch Mitglied der neuesten Parteiengründung dieser Szene namens „Die Basis“. Auch wenn sich nichts über die Weinheimer „Querdenker 621“ in dem umfangreichen und illustrierten Dossier findet, lohnt sich die spannende Lektüre. Den Text, einen Podcast und die Selbstdarstellung von Netzpolitik findet ihr hier:

https://netzpolitik.org/2020/intransparenz-die-fragwuerdigen-spenden-tricks-der-anti-corona-bewegung/?utm_source=pocket-newtab-global-de-DE#vorschaltbanner

QAnon: Die Gefährlichkeit absurder Geschichten

Vom Q in „Querdenken“ zum Q in „QAnon“ ist es ein kleiner Schritt. Die wohl populärste Verschwörungserzählung findet derzeit bei Demos gegen die Corona-Maßnahmen Verbreitung. Wie gefährlich ist das?

Auf den ersten Blick muten sie harmlos an: bunte Fähnchen mit dem Buchstaben Q. Zahlreich zu erblicken auf den Demonstrationen gegen die Corona-Maßnahmen in den vergangenen Wochen. Und sicher auch wieder am Wochenende in Konstanz, wenn Demos auch gegen die Corona-Politik erwartet werden. Q steht für Querdenken, ja. Doch das ist nicht die einzige Bedeutung dieses Buchstabens: „Q“ ist auch der Name des Urhebers der übergreifenden Verschwörungserzählung der QAnons, die in den USA ihren Anfang nahm.

Der Sektenexperte Matthias Pöhlmann beobachtet die Proteste hierzulande seit deren Beginn, war selbst bei einigen vor Ort. Er hat den Eindruck, dass mancher darauf aus sei, eine Verbindung zwischen der QAnon-Bewegung und den Querdenkern herzustellen. „Bei den Demos werden diese Fahnen verteilt“, erzählt er, „und viele wissen gar nicht, was sich dahinter verbirgt“. Man müsse unbedingt einen Blick auf diese Entwicklung haben, gehe es doch bei QAnon um antidemokratische und zum Teil antisemitische Überzeugungen, so Pöhlmann, der Sektenbeauftragter der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern ist.

Die Verschwörungserzählung von „Q“ ist relativ neu: Sie wird seit 2017 verbreitet, ursprünglich von einer Internet-Plattform aus, auf der man anonym und quasi ohne Einschränkungen Beiträge posten kann. Und sie geht so: „Q“, ein angeblicher Mitarbeiter oder eine Gruppe aus der Regierung, bringt regelmäßig Geheiminformationen über Kriminelle aus Politik, Finanzwesen und Showbusiness ans Licht. Grundlegend geht es darum, dass hinter allem, was auf der Welt passiert, eine Clique, ein Geheimbund die Fäden in der Hand hält - der „Tiefe Staat“ („Deep State“). Dieser wolle eine „Neue Weltordnung“

(„New World Order“) durchsetzen, eine Art globale Regierung zur Unterjochung der Menschheit.

QAnon-Anhänger sehen sich indes selbst als Elite; nur wer ihre Codes kennt, gehört dazu. Am häufigsten ist das Kürzel „WWG1WGA“ zu finden, das Zusammengehörigkeitsmantra „Where We Go One, We Go All“ - sinngemäß: Einer für alle, alle für einen. „Dieses Rätselraten und Basteln macht für viele einen großen Reiz aus. Man puzzelt an der großen Verschwörungserzählung mit, ist daran beteiligt“, erläutert Pöhlmann. „Man zählt sich zu den Erwachten.“ Apropos erwacht: QAnon habe für viele ersatzreligiöse Funktionen, so der Experte. Es gebe etwa typisches Schwarz-Weiß-Denken, und auch apokalyptische Motive spielten eine Rolle. „Ich spreche bei QAnon gerne von einem versekteten Verschwörungsglauben.“

Und ihr Messias ist: Donald Trump. QAnons glauben, der US-Präsident rette die Welt vor einem satanischen Kult aus Pädophilen und Kannibalen. Immer wieder verbreiten sie vollkommen an den Haaren herbeigezogene Mythen über vermeintliche Befreiungsaktionen, die angeblich aus dem Oval Office in Auftrag gegeben werden. Trump wiederum hat offenbar kein Problem damit, von der Bewegung vereinnahmt zu werden. Im August etwa ließ er die Gelegenheit verstreichen, sich von den Verschwörungsgläubigen zu distanzieren: „Ich habe gehört, dass es Leute sind, die unser Land lieben.“

Eine massive Untertreibung. Denn die QAnon-Lügen sind anschlussfähig für Demokratiefeinde, Rechtsextreme und Antisemiten; in Deutschland stehen der Bewegung auch radikale Reichsbürger, christliche Fundamentalisten und Esoteriker nahe. Man müsse sehr genau beobachten, ob das enorme Hasspotenzial von einzelnen nicht möglicherweise zu Gewaltausbrüchen führen könne, so Pöhlmann.

Wissenschaftliche Studien stützen diese Befürchtung: Der Glaube an Verschwörungserzählungen geht mit einer erhöhten Wahrscheinlichkeit einher, Gewalt zu befürworten oder gar selbst gewalttätig zu werden. „Verschwörungserzählungen können dazu dienen, Gewalt gegen andere zu legitimieren, und sie schirmen gleichzeitig die eigene Gruppe gegen Kritik ab“, fassen Katharina Nocun und Pia Lamberty in ihrem jüngst erschienenen Buch „Fake Facts“ zusammen. Bunte Fähnchen und krude Geschichten dürfen also nicht darüber hinwegtäuschen, dass dahinter häufig antidemokratische Tendenzen stecken, die alles andere als harmlos sind.

Nachrichten ohne Corona

Neues Netzwerk zum Klimaschutz im Verkehr gegründet

Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus ganz Baden-Württemberg haben sich gestern bei einer digitalen Veranstaltung zu Klimaschutzmaßnahmen im Verkehrsbereich ausgetauscht. Dabei spielen die Kommunen eine zentrale Rolle. Anlass der Veranstaltung war die Gründung eines Netzwerkes im Rahmen des Projekts Kompetenznetz Klima Mobil. Das Netzwerk wird seine Mitglieder zukünftig mit Informations- und Beratungsangeboten bei der Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen im Verkehr unterstützen.

Die Corona-Krise hat gezeigt, was wir alles schaffen können, wenn wir müssen. Diese Erfahrungen müssen wir nutzen, um die Klima-Krise abzuwenden und die CO₂-Ziele zu erreichen. Klimaschutz muss eine Erfolgsgeschichte werden. Im Fokus des Kompetenznetz Klima Mobil stehen u. a. lebendige und verkehrsberuhigte Ortsmitten, der klima- und menschenfreundliche Straßenumbau, klimaneutrale Quartiere, bessere Bedingungen für umweltfreundliche Verkehre und die Steuerung von Parkverkehren. Eine gerechtere und sozialere Verteilung von Flächen sei nur dann zu erreichen, wenn weniger Flächen für konventionellen Autoverkehr und mehr Flächen für die Menschen, neue Mobilität sowie den Fuß- und Radverkehr vorgesehen würden.

Weitere Informationen zum Projekt unter www.klimaschutz-bewegt.de.

Tag für Tag – wichtige Informationsquellen

Webseiten

Bundesebene und weltweit:

https://www.rki.de/DE/Home/homepage_node.html

<https://www.youtube.com/playlist?list=PLRsi8mtTLFAyJaujkSHyH9NqZbgm3fcv>

(Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung)

<https://www.bmbf.de/de/faktencheck-zum-coronavirus-11162.html>

(Faktencheck des Bundesministeriums für Bildung und Forschung)

Baden-Württemberg:

<https://sozialministerium.baden-wuerttemberg.de/de/startseite/>

<https://www.swr.de/swraktuell/baden-wuerttemberg/coronavirus-liveblog-bw-100.html>

<https://www.verbraucherzentrale-bawue.de/beratung-daheim>

Rhein-Neckar-Kreis:

<https://www.rhein-neckar-kreis.de/start/landratsamt/coronavirus+-faq.html>

Wichtig für euren persönlichen Umgang:

file:///tbw.local/DATA/User/Sckerl/Downloads/Merkblatt_Coronavirus_Selbsteinschaetzung.pdf

Wichtige Infos in anderen Sprachen:

<https://www.integrationsbeauftragte.de/ib-de/amt-und-person/informationen-zum-coronavirus>

Informationen in leichter Sprache:

<https://www.bundesgesundheitsministerium.de/ministerium/deutsche-gebaerdensprache/deutsche-gebaerdensprache.html>

Hotlines Baden-Württemberg:

Telefonberatung für psychisch belastete Menschen: 0800 377 377 6 (täglich, 8 bis 20 Uhr)

Hotline Landesgesundheitsamt: 0711 904-39555 (Mo – Fr, 9 bis 18 Uhr)

Corona-Hotline für Unternehmen: 0800 40 200 88 (Mo – Fr, 9 bis 18 Uhr, kostenfrei)

Hilfetelefon „Gewalt gegen Frauen“: 0800 011 6010 (aufgrund der Isolation rechnen Expertinnen und Experten mit einem Anstieg an Gewalt, insbesondere gegen Frauen – schrecklich!!)

Task Force „Beschaffung Schutzkleidung“: 0800 67 38 311 (Mo – Fr, 7 bis 22 Uhr; Sa – So, 9 – 18 Uhr) (Wer etwa Atemschutzmasken, Mundschutze etc. spenden will oder Ideen zur Bestellung hat, soll sich bitte hier melden)

Rhein-Neckar-Kreis: Hotline Gesundheitsamt Rhein-Neckar 06221 – 522 – 1881 (Mo – Fr, 7.30 – 19 Uhr)